



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Planung und Verkehr**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Donnerstag, 13.03.2008**

Sitzungsbeginn : **16:00 Uhr**

Sitzungsende : **18:30 Uhr**

Vorsitz

Herr Heinz Junkerkalefeld

Teilnehmer

Herr Ulrich Beyer

Herr Ernst-Rainer Fust

für Herrn Weinekötter

Herr Johannes-Heinrich Gresshoff

Herr Daniel Hagemeyer

für Herrn Hahner

Herr Franz-Josef Helmers

Frau Beatrix Koch

Frau Barbara Köß

Herr Peter Kwiotek

Herr Ralf Niebusch

Herr Wolfgang Sibbing

ab 16.15 Uhr

Frau Manuela Steuer

Herr Paul Tegelkämper

Frau Monika Tigges

Frau Maria Wieschmann

Verwaltung

Herr Klaus Aschhoff

Herr Heinz Becker

ab 17.30 Uhr

Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter

Herr Jürgen Kingma

ab 17.25 Uhr

Herr Christian Linzel

Frau Inga Nordalm

Herr Peter Rauch

Herr Norbert Tigges

Herr Klaus Tzyschakoff

Herr Thomas Wulf

Schriftführerin

Frau Nicole Peuler

Gäste

Herr Hans Georg Flick

Geschäftsführer der Ingenieurgesellschaft
Flick, Ibbenbüren bis 17.25 Uhr

Herr Jes Marxen

Investor für das Projekt "Oelde Galerie"

Werner Schaffer

Architekt des Projektes "Oelde Galerie"

Herr Karl Staack

Finanzberater bei dem Projekt "Oelde
Galerie"

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Antonius Brinkmann

Herr Andreas Hahner

Herr Thomas Weinekötter

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.01.2008	4
3. Vorstellung des aktuellen Entwurfs für den Bereich "KOM" Vorlage: B 2008/610/1223	4
4. Neugestaltung Innenstadt Nord A) Vorstellung der modifizierten Planung B) Änderungsvorschläge zum "Konzept Innenstadt Nord" der FWG vom 11.02.2008 Vorlage: B 2008/610/1222	6
5. Planfeststellung für den Ausbau der Kreisstraße K 6 neu zwischen der neuen Autobahnanschlussstelle A2/K6 und der B61 in Rheda-Wiedenbrück, Kreis Gütersloh - Stellungnahme der Stadt Oelde Vorlage: B 2008/610/1224	9
6. Straßenbenennung im "Baugebiet Zum Sundern" Vorlage: B 2008/610/1226	11
7. Verschiedenes	
7.1. Mitteilungen der Verwaltung	12
7.2. Anfragen an die Verwaltung	12

Herr Junkerkalefeld eröffnet die Sitzung des Ausschusses und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Zuhörer, eine Vertreterin der Presse sowie Herrn Marxen, Herrn Schaffer und Herrn Staack zum Thema „Oelde Galerie“.

Herr Junkerkalefeld stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Keine.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.01.2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr genehmigt **einstimmig** die Niederschrift über die Sitzung vom 10.01.2008.

3. Vorstellung des aktuellen Entwurfs für den Bereich "KOM" Vorlage: B 2008/610/1223

Herr Hauke berichtet, dass die Investoren in Zusammenarbeit mit der Verwaltung einen Entwurf für den nördlichen Bereich des Dreiecks Oelde-Mitte erarbeitet haben. Er begrüßt die anwesenden Initiatoren Herrn Schaffer (Architekt), Herrn Marxen (Investor) sowie Herrn Staack (Finanzberater) und bittet Herrn Schaffer, das Konzept vorzustellen und zu erläutern.

Herr Schaffer erläutert anhand einer Präsentation den Entwurf der „OELDE GALERIE“. Dieser sehe eine maximal zweigeschossige Bebauung vor. Entlang der Langen Straße und der Konrad-Adenauer-Allee sind zweigeschossige Bauelemente geplant, die durch einen eingeschossigen Mittelteil verbunden werden. Die Fassade soll mit Glaselementen und Klinker verkleidet werden. Als Nutzung seien ausschließlich Geschäfte vorgesehen.

Die Lange Straße werde zur Konrad-Adenauer-Allee durch eine Passage verbunden. Im vorderen Außenbereich Lange Straße ist eine Bestuhlung für Außengastronomie möglich. In diesem Bereich des Erdgeschosses werden ein Bäcker und ein Bistro/Café eingerichtet, die vor der Öffnung bzw. nach Schließung der Geschäfte zugänglich sind, so dass der Aufenthaltscharakter gestärkt werde.

Herr Schaffer weist darauf hin, dass die Straßenflucht der Konrad-Adenauer-Allee wieder hergestellt werde.

Herr Gresshoff bedankt sich für das beeindruckende Objekt. Er hält es für ein hochmodernes und einladendes Kaufhaus und ist sehr erfreut über die Investition in Oelde.

Herr Niebusch dankt den Initiatoren für die Präsentation und bittet um Informationen zur Größe der zur Verfügung stehenden Flächen.

Herr Schaffer erklärt, dass es sich um ca. 4000 m² Verkaufsflächen handelt.

Herr Niebusch fragt, ob die Flügel zweigeschossig nutzbar seien und ob das Zwischenstück als Verbindung genutzt werden könne.

Herr Schaffer berichtet, dass geplant sei, das Zwischenstück für Büros, Personal, Sozialräume u.a. zu nutzen.

Frau Koch drückt ihre Begeisterung über das Projekt aus. Sie hält es für ansprechend und wünscht Herrn Marxen weiter gutes Gelingen.

Frau Köß dankt Herrn Marxen für die Initiative. Das vorgestellte Gebäude sei sehr attraktiv und fördere die Aufenthaltsqualität. Sie begrüßt die vorgestellte Planung und wünscht sich weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Frau Wieschmann ist von der vorgestellten Planung beeindruckt und fragt, wie sich die Parkplatzsituation darstelle.

Herr Hauke berichtet dazu, dass für die Umsetzung des Konzeptes Parkplätze vor Ort nicht zwingend erforderlich sind, da kein Nahversorger vorgesehen ist. Die Planung der Stellplätze werde zusammen mit dem Thema Innenstadt Nord behandelt (gesamstädtische Lösung).

Herr Junkerkalefeld weist darauf hin, dass das Thema Stellplätze losgelöst von diesem Projekt behandelt werde. Er erklärt, dass dies auf jeden Fall bedacht werde und dass er sicher sei, dass eine Lösung gefunden wird.

Herr Kwiotek bittet um Ausführungen dazu, ob die Geschäfte nur über die Passage oder auch von außen erreichbar sein werden.

Herr Schaffer erklärt, dass die kleineren Geschäfte auch von außen erreichbar sein werden.

Herr Marxen berichtet, dass seit einem 3/4 Jahr an dem Konzept gearbeitet wird und er sich sehr über die Resonanz freut. Herr Schaffer habe sich sehr viel Mühe gemacht. Er erklärt, dass - wenn der Ausschuss für Planung und Verkehr es will - er seinen Teil dazu beitragen wird, um dieses Konzept umzusetzen. Er bedankt sich für die Einladung und die Gelegenheit, das Projekt vorzustellen.

Herr Junkerkalefeld spricht Herrn Marxen seinen Dank aus. Er bittet Herrn Hauke um eine Stellungnahme zu dem weiteren geplanten Vorgehen und zur anvisierten Zeitschiene.

Herr Hauke erklärt, dass das Konzept am 31.03.2008 dem Rat vorgestellt wird. Es ist geplant, das Projekt bis Herbst 2009 umzusetzen. Dies bedeutet, dass bis zum Spätsommer die planungsrechtlichen Grundlagen geschaffen werden müssen.

Herr Junkerkalefeld bedankt sich bei allen Initiatoren und ist sich sicher, dass es zusammen gelingen wird.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Rat **einstimmig**, dem vorgelegten Konzept sowie der Planung zuzustimmen.

4. Neugestaltung Innenstadt Nord

A) Vorstellung der modifizierten Planung

B) Änderungsvorschläge zum "Konzept Innenstadt Nord" der FWG vom 11.02.2008

Vorlage: B 2008/610/1222

A) Vorstellung der modifizierten Planung

Herr Hauke berichtet zum Punkt „Vorstellung der modifizierten Planung“, dass nach Durchführung der ersten Anliegerversammlungen und Gesprächen mit betroffenen Anliegern und Gewerbetreibenden gemeinsam eine Lösung erarbeitet wurde, bei der die vorgebrachten Anregungen größtenteils in dem Planentwurf berücksichtigt werden konnten.

Nun sei die Planung gereift. Kernziel sei es, im Zusammenhang mit den geplanten Verbesserungsmaßnahmen eine gute Erreichbarkeit und Erkennbarkeit der Ruggestraße sowie Verkehrssicherheit und Attraktivierung der Innenstadt zu erreichen. Im Sinne des demografischen Wandels seien die Gehwege niveaugleich geplant worden.

Das ursprüngliche Konzept sah eine Unterteilung der Ruggestraße in einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich und eine Fußgängerzone zwischen Bahnhofstraße und Trippenhof vor. Herr Hauke erläutert weiter, dass viele Anregungen aus der Bevölkerung Anlass gaben, der Ausgangskonzeption einen neuen Rahmen zu geben. So wurde einvernehmlich vereinbart, dass die Neuplanung Innenstadt Nord unter Beachtung der nachstehenden Punkte weiter zu entwickeln sei:

- Einfahrt in die Ruggestraße über den Kreisverkehr
- Verzicht auf eine Fußgängerzone im Bereich der Ruggestraße
- Gestalterische und optische "Anbindung" der Ruggestraße an die Fußgängerzone
- Sperrung der Ruggestraße an Markttagen bis zur Einmündung "Trippenhof"
- Anlegung weiterer Stellplätze

Die während dieser Veranstaltungen und in den Schriftwechseln vorgebrachten Anregungen konnten größtenteils berücksichtigt werden.

Herr Hauke weist darauf hin, dass die mit dem Ausgangskonzept verbundenen Ziele, wie die direkte Anbindung an die Oelder Fußgängerzone, Reduzierung des Durchgangsverkehrs und die Stärkung der geschäftsmäßigen Aktivitäten in der Ruggestraße auch mit dem neuen Konzept beibehalten und umgesetzt werden.

Herr Junkerkalefeld bedankt sich bei Herrn Hauke für die Ausführungen und gibt das Wort an die Ausschussmitglieder weiter.

Herr Niebusch bittet um Information über das Parkplatz-Saldo.

Herr Hauke berichtet, dass mit der jetzigen Planung vier zusätzliche Stellplätze in der Ruggestraße vor dem dort ansässigen Eiscafé geschaffen werden konnten. Weiter weist er darauf hin, dass an der Wallstraße 39 neue Stellplätze für Langzeitparker eingerichtet werden sollen.

Frau Tigges bittet um Überlegung, im Bogen der Ruggestraße in größerem Winkel schräg aufgestellte Parkplätze einzurichten. Sie weist darauf hin, dass eine Anlieferung der dortigen Bäckerei / des Blumengeschäftes nicht möglich sei, wenn dort Parkplätze seien.

Herr Hauke erläutert, dass in bezug auf die Parkplätze alle möglichen Variationen überdacht wurden. Es sei nicht möglich, durch den Außenradius oder Schrägaufstellungen mehr Parkplätze zu schaffen. Durch die Schrägaufstellung sei gleichfalls keine Platzersparnis gegeben. Er gibt zu bedenken, dass bei einer Neuplanung Kompromisse gemacht werden müssen.

Mehr Parkplätze in der Innenstadt zu schaffen sei nicht möglich und er bittet darum, dieses Konzept im Interesse der gesamten Stadt umzusetzen.

Frau Tigges fragt nach, ob der Anlieferverkehr der Lkws nicht problematisch sei.

Herr Hauke erklärt, dass dort eine hohe Fluktuation herrsche. Eventuell könne man temporäre Sonderflächen vor den Stellplätzen ausweisen.

Herr Hagemeier schlägt vor, die jetzige Situation der Ruggestraße beizubehalten und die vorhandenen Parkplätze neu zu kennzeichnen. Er fragt, ob dann Parkplätze wegfallen würden, wenn eine korrekte Markierung (1 Parkplatz = 6,00 m) angebracht wird.

Herr Hauke erklärt, dass - wenn eine Markierung der Flächen nach Vorschrift erfolgen würde -, sich die Anzahl der Parkplätze sicherlich verringern würde.

Frau Köß weist darauf hin, dass sie in der Januar-Sitzung angeregt habe, die Fahrradfahrer in den Planungen zu berücksichtigen (Fahrradständer, Schließfachanlage) und bittet um Informationen darüber, wo diese Anregungen berücksichtigt wurden.

Weiter erklärt sie, dass am Kreisverkehr Bernhard-Raestrup-Platz auf eine Extra-Zufahrt zum Parkplatz verzichtet werden solle. Dann wäre ein Erhalt der Linde möglich. Wenn dies nicht möglich sei, rege sie eine ortsnahe Versetzung der Linde an.

Herr Hauke berichtet, dass Stellplätze für Fahrräder berücksichtigt wurden. Zunächst würden diese als mobile Fahrradständer aufgestellt, um die Fluktuation zu beobachten und flexibel bei der Aufstellung zu bleiben. Die Anregung zu den Schließfächern sei nicht vergessen worden, bislang aber nicht umgesetzt.

Er weist darauf hin, dass die Sicherheit bei dem Kreisverkehr Bernhard-Raestrup-Platz an erster Stelle stehen müsse. Durch zu viele Ausfahrten gehe die Übersichtlichkeit verloren.

Zur Linde erklärt Herr Hauke, dass diese die Baumaßnahmen nicht überleben wird. Er ist bereit statt drei neuen Bäumen fünf neue Bäume anpflanzen zu lassen.

Frau Koch bezieht sich auf die Übersichtlichkeit sowie die geplante Schwelle und erklärt, dass es ihrer Meinung nach sinnvoll sei, die Fahrtrichtung im Bereich Bernhard-Raestrup-Platz zu ändern und auf den Kreisverkehr zu verzichten.

Herr Fust bemängelt, dass, die geplante Verkehrsführung die Parkplatzsuche erheblich erschweren werde. Wenn der Carl-Haver-Platz voll besetzt sei und er in der Ruggestraße rechts und links keinen freien Parkplatz finden könne, könne er nur über den Bernhard-Raestrup-Platz wieder aus dem Innenstadtbereich heraus fahren. Er spricht sich ebenfalls gegen den geplanten Kreisverkehr aus.

Herr Hauke erläutert die geplanten Maßnahmen, wenn man vom Bernhard-Raestrup-Platz in Richtung Bahnhofstraße fährt und weist darauf hin, dass sich die Straßenflucht verjüngt, so dass die Pkw-Fahrer automatisch die Geschwindigkeit reduzieren würden. Ebenfalls würde mit einer Schwelle die Geschwindigkeit weiter reduziert und zusätzlich noch ein STOP-Schild aufgestellt. Durch diese Maßnahmen und Beibehaltung der geplanten Richtung wird dem Ziel, den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt heraus zu nehmen, Rechnung getragen.

Herr Niebusch weist darauf hin, dass es durch die geänderte Verkehrsführung nicht mehr notwendig sei, den Kreisverkehr zu bauen.

Herr Hauke erklärt, dass Baumaßnahmen durchgeführt werden, um die Geschwindigkeit heraus zu nehmen. Diese Gelegenheit solle genutzt werden, um den nicht ungefährlichen Kreuzungsbereich sicherer zu machen.

Frau Wieschmann fragt, ob dienstags und freitags ein Lkw-Verbot eingerichtet werde und wie es mit den Flächen der Katholischen Kirche aussähe.

Herr Hauke berichtet, dass die Gespräche mit der Kirche geführt werden. Zu dem Lkw-Verbot erklärt er, dass die Möglichkeit für Lkw bestehen muss, über die Ruggestraße und den Trippenhof fahren zu können. Eine Sperrung zu den Markttagen sei nicht möglich.

Herr Hagemeier weist auf den Hauptgefahrenpunkt Wallstraße / Kleygarten hin.

Frau Steuer bittet um Information, ob eine Tendenz in den Verhandlungen mit der Kirche absehbar sei.

Herr Hauke erklärt, dass die Verhandlungen gut verlaufen.

Frau Koch fragt, ob der Sattelaufleger zur Anlieferung der Brauerei um die Kurve kommt.

Herr Hauke weist auf die durchgeführten Fahrversuche hin. Er erklärt, dass geplant sei, den Auflieger abends vor den Markttagen im Hof der Brauerei abzustellen. Morgens würde dann nur die Zugmaschine kommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beschließt **einstimmig**, dem Rat den geänderten Planentwurf zu Umsetzung des Konzeptes „Innenstadt Nord“ zu empfehlen.

B) Änderungsvorschläge zum „Konzept Innenstadt Nord“ der FWG vom 11.02.2008

Herr Niebusch erläutert den Antrag der FWG vom 11.02.2008 und möchte den Kreisverkehr Bernhard-Raestrup-Platz selektiert behandeln.

Der Antrag vom 11.02.2008 wird zurück gezogen.

Es wird der Antrag gestellt, den Kreisverkehr aus dem Konzept zu streichen.

Herr Gresshoff hält das Konzept für gelungen und ist der Ansicht, dass mit einem ehrgeizigen Zeitplan gearbeitet wird. Er vertritt die Meinung, dass alle sich ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt haben und ein paar Dinge veränderungswürdig seien. Mittlerweile bestehe auch in der Bevölkerung große Akzeptanz bezüglich der geplanten Veränderungen. Es sei verstanden worden, dass durch eine bessere Qualität mehr Besucher zu erwarten seien.

Herr Gresshoff stimmt dem Konzept der Verwaltung zu.

Den Antrag der FWG, den Kreisverkehr aus dem Konzept heraus zu nehmen, lehnt Herr Gresshoff ab.

Frau Koch stimmt der Planung zu und sieht keine Hinderungsgründe, das Konzept umzusetzen. Bezüglich des Kreisverkehrs Bernhard-Raestrup-Platz vertritt sie die gleiche Meinung wie Herr Niebusch.

Frau Köß hält im Ergebnis fest, dass ein guter Kompromiss mit den Gewerbetreibenden gefunden worden sei. Sie stimmt dem Konzept zu.

Frau Wieschmann hält das Konzept ebenfalls für gelungen und stimmt der Umsetzung zu.

Herr Junkerkalefeld dankt allen Ausschussmitgliedern für die Beiträge und bittet um Abstimmung zu dem von der FWG gestellten Antrag, den Kreisverkehr Bernhard-Raestrup-Platz aus der Planung auszuschließen.

Beschluss:

Der Antrag der FWG vom 11.02.2008 wird zurückgezogen.

Der Antrag der FWG, den Kreisverkehr aus dem Konzept zu streichen, wird mit 6 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

5. Planfeststellung für den Ausbau der Kreisstraße K 6 neu zwischen der neuen Autobahnanschlussstelle A2/K6 und der B61 in Rheda-Wiedenbrück, Kreis Gütersloh - Stellungnahme der Stadt Oelde Vorlage: B 2008/610/1224

Herr Hauke erläutert, dass die Bezirksregierung Detmold die Stadt Oelde mit Schreiben vom 21.02.2008 zur Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Kreisstraße K 6 neu zwischen der neuen Autobahnanschlussstelle A2/K6 und der B61 in Rheda-Wiedenbrück, Kreis Gütersloh, aufgefordert habe.

Seitens der Verwaltung wird folgende Stellungnahme vorgeschlagen:

„Seitens der Stadt Oelde wird der Neubau einer Verbindungsstraße zwischen der geplanten Autobahnanschlussstelle A2/K6 und der B 61 - wie auch schon in den Vorverfahren (Erstellung Umweltverträglichkeitsstudie und Linienbestimmungsverfahren) deutlich gemacht - befürwortet.“

Dennoch ergeben sich aus Sicht der Stadt Oelde noch folgende Anregungen, die im weiteren Verfahren berücksichtigt werden sollten:

Seitens der Stadt Oelde wird die geplante Abstufung der L 791 zwischen der B 61 bei Stromberg und Rheda-Wiedenbrück für nicht notwendig erachtet. Zur Beibehaltung eines leistungsfähigen überörtlichen Straßennetzes sollte die Funktion der L 791 weiterhin aufrecht erhalten werden, um das Verkehrsaufkommen aus westlicher Richtung auf kürzestem Wege auf die geplante Kreisstraße zur neuen Autobahnanschlussstelle „Herzebrock-Clarholz“ zu führen. Ein entsprechender leistungsfähiger Vollausbau der L 791, möglichst mit einem begleitenden Radweg, ist hierfür vorzusehen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Erläuterungsbericht unter Punkt **2.2 Auswirkungen / Änderungen im Verkehrsnetz** auf Seite 6 zu korrigieren, da hier der Anschein erweckt wird, dass die Stadt Oelde einer Abstufung bereits zugestimmt hat.

Zitat: „... Entsprechende Abstimmungsgespräche/Schriftverkehr hat der Kreis Gütersloh bereits mit den betroffenen Straßenbaulastträgern (Stadt Oelde, Stadt Rheda-Wiedenbrück und Landesbetrieb Straßenbau NRW) geführt. ...“

Hier ist klarzustellen, dass es seitens der Stadt Oelde keine Einverständniserklärung zur Abstufung der L 791 und Übernahme der Straße als Gemeindestraße auf Oelder Gebiet gegeben hat.

Ebenfalls ist die Aussage im Erläuterungsbericht auf Seite 4, dass den Darstellungen des Gebietsentwicklungsplans (GEP) für den Regierungsbezirk Detmold –Teilabschnitt Oberbereich Bielefeld entsprochen wird, nicht vollständig, da die L 791 dort als Straße für den überörtlichen Verkehr dargestellt wird.

Sollte aus Gründen, die derzeit nicht aus Sicht der Stadt Oelde zu erkennen sind, weiterhin an einer Rückstufung der L 791 (St.-Viter-Straße) zur Gemeindestraße gem. § 10 Straßen - und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) festgehalten werden, muss sichergestellt werden, dass die St.-Viter-Straße nicht als Hauptverkehrsstraße genutzt werden kann. Da reine Beschilderungsmaßnahmen, wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, keinen Erfolg zeigen, ist ein Rückbau der St.-Viter-Straße auf eine Wirtschaftswegebreite von ca. 3,50 m durchzuführen. Die Kosten für diese Maßnahme sind durch den Straßenbaulastträger Straßen NRW oder den Kreis Gütersloh als Veranlasser zu tragen.

Unabhängig von den oben ausgeführten Anregungen zum Planfeststellungsverfahren für die K6n wird an dieser Stelle noch einmal betont, dass die Stadt Oelde die geplante Verbindung zwischen der geplanten Autobahnanschlussstelle und der B 61 befürwortet.“

Anhand eines Luftbildes erläutert Herr Hauke das Planfeststellungsverfahren. Er weist darauf hin, dass Pläne der K6n auch bei der Stadtverwaltung Oelde im Wege der Amtshilfe öffentlich ausliegen.

Herr Hauke führt aus, dass die Stadt Rheda-Wiedenbrück der Meinung ist, die Stadt Oelde solle die L 791 übernehmen und für Lkw sperren. Eine Sperrung dieser Straße für die Lkw ist aus Sicht der Stadt Oelde nicht möglich und ein leistungsfähiger Vollausbau der L 791 ist anzustreben. Sollte dies weiterhin abgelehnt werden, sei die Stadt Oelde nur dazu bereit die L 791 als zurückgebauten Wirtschaftsweg zu übernehmen. Insofern ist es notwendig, mit der Stadt Rheda-Wiedenbrück weitere Gespräche zu führen.

Frau Köß spricht sich gegen die Übernahme der L 791 **(und den Bau der K6n?)** aus.

Herr Niebusch, Herr Gresshoff und Frau Koch sind einhellig der Meinung, dass die Querspange notwendig sei und unterstützen den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde **mehrheitlich mit einer Gegenstimme**, die Abgabe der folgenden Stellungnahme zu beschließen:

„Seitens der Stadt Oelde wird der Neubau einer Verbindungsstraße zwischen der geplanten Autobahnanschlussstelle A2/K6 und der B 61 - wie auch schon in den Vorverfahren (Erstellung Umweltverträglichkeitsstudie und Linienbestimmungsverfahren) deutlich gemacht - befürwortet.

Dennoch ergeben sich aus Sicht der Stadt Oelde noch folgende Anregungen, die im weiteren Verfahren berücksichtigt werden sollten:

Seitens der Stadt Oelde wird die geplante Abstufung der L 791 zwischen der B 61 bei Stromberg und Rheda-Wiedenbrück für nicht notwendig erachtet. Zur Beibehaltung eines leistungsfähigen überörtlichen Straßennetzes sollte die Funktion der L 791 weiterhin aufrecht erhalten werden, um das Verkehrsaufkommen aus westlicher Richtung auf kürzestem Wege auf die geplante Kreisstraße zur neuen Autobahnanschlussstelle „Herzebrock-Clarholz“ zu führen. Ein entsprechender leistungsfähiger Vollausbau der L 791, möglichst mit einem begleitenden Radweg, ist hierfür vorzusehen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Erläuterungsbericht unter Punkt **2.2 Auswirkungen / Änderungen im Verkehrsnetz** auf Seite 6 zu korrigieren, da hier der Anschein erweckt wird, dass die Stadt Oelde einer Abstufung bereits zugestimmt hat.

Zitat: „... *Entsprechende Abstimmungsgespräche/Schriftverkehr hat der Kreis Gütersloh bereits mit den betroffenen Straßenbaulastträgern (Stadt Oelde, Stadt Rheda-Wiedenbrück und Landesbetrieb Straßenbau NRW) geführt. ...*“

Hier ist klarzustellen, dass es seitens der Stadt Oelde keine Einverständniserklärung zur Abstufung der L 791 und Übernahme der Straße als Gemeindestraße auf Oelder Gebiet gegeben hat.

Ebenfalls ist die Aussage im Erläuterungsbericht auf Seite 4, dass den Darstellungen des Gebietsentwicklungsplans (GEP) für den Regierungsbezirk Detmold –Teilabschnitt Oberbereich Bielefeld entsprochen wird, nicht vollständig, da die L 791 dort als Straße für den überörtlichen Verkehr dargestellt wird.

Sollte aus Gründen, die derzeit nicht aus Sicht der Stadt Oelde zu erkennen sind, weiterhin an einer Rückstufung der L 791 (St.-Viter-Straße) zur Gemeindestraße gem. § 10 Straßen - und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) festgehalten werden, muss sichergestellt werden, dass die St.-Viter-Straße nicht als Hauptverkehrsstraße genutzt werden kann. Da reine Beschilderungsmaßnahmen, wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, keinen Erfolg zeigen, ist ein Rückbau der St.-Viter-Straße auf eine Wirtschaftswegebreite von ca. 3,50 m durchzuführen. Die Kosten für diese Maßnahme sind durch den Straßenbaulasträger Straßen NRW oder den Kreis Gütersloh als Veranlasser zu tragen.

Unabhängig von den oben ausgeführten Anregungen zum Planfeststellungsverfahren für die K6n wird an dieser Stelle noch einmal betont, dass die Stadt Oelde die geplante Verbindung zwischen der geplanten Autobahnanschlussstelle und der B 61 befürwortet.“

6. Straßenbenennung im "Baugebiet Zum Sundern"

Vorlage: B 2008/610/1226

Herr Hauke erläutert, dass mit den Erschließungsmaßnahmen für das neue „Baugebiet Zum Sundern“ begonnen wurde. Da derzeit die Vergabe der Baugrundstücke erfolgt, ist die Benennung der Erschließungsstraßen erforderlich.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, in dem Gebiet 3 Straßennamen zu vergeben, da die Ludgerusstraße in das neue Baugebiet fortgeführt werden kann. Die einzelnen zu benennenden Straßen erläutert Herr Hauke anhand eines Übersichtsplans. Sie sind mit den Nummern 1 bis 3 beziffert. Der Abschnitt, der als Ludgerusstraße fortgeführt werden soll, ist mit einer Schraffur gekennzeichnet.

Herr Hauke berichtet weiter, dass die Arbeiten im neuen Baugebiet zügig voran gehen. Es sei für die weiteren Verwaltungsabläufe dringend erforderlich, die Straßen zu benennen und einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag für die Sitzung des Rates am 31.03.2008 vorzubereiten.

Aufgrund dessen bittet Herr Hauke Herrn Gresshoff um die entsprechenden Vorschläge und um Abstimmung.

Herr Gresshoff schlägt folgende Straßennamen vor:

Straße 1:	Bernhard-Klockenbusch-Straße
Straße 2:	Heinrich-Lückenkötter-Straße
Straße 3:	Franz-Ramesohl-Straße

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde **einstimmig**, folgende Straßennamen im „Baugebiet Zum Sundern“ zu vergeben:

Straße 1:	Bernhard-Klockenbusch-Straße
Straße 2:	Heinrich-Lückenkötter-Straße
Straße 3:	Franz-Ramesohl-Straße

7. Verschiedenes**7.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

7.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Hagemeyer berichtet, dass die Straße nach Stromberg in sehr schlechtem Zustand sei. Er fragt, ob es möglich sei, von der Stadt aus an diesem Zustand etwas zu ändern.

Herr Hauke weist darauf hin, dass es sich bei dieser Straße um eine Landesstraße handelt und die Stadt nicht für die Ausbesserungsarbeiten zuständig sei. Er erklärt, dass - soweit Ressourcen beim Bauhof frei seien - er dies in Auftrag gebe werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

Heinz Junkerkalefeld
Vorsitzender

N. Peuler
Schriftführerin